

Abruptes Ende der Förderung – ausgerechnet Habeck beerdigt das grüne Eigenheim

Welt, 25.01.2022, Benedikt Fuest

<https://www.welt.de/finanzen/immobilien/plus236447621/KfW-Foerderung-Ausgerechnet-Habeck-beerdigt-das-gruene-Eigenheim.html>

Der Wirtschaftsminister stellt die Förderung von Effizienzhäusern und energieeffizienten Sanierungsmaßnahmen ein – völlig ohne Vorwarnung. Betroffene Antragsteller hängen in der Luft, Baubranche und Umweltverbände sind konsterniert. Die Begründung des Ministeriums ist eigen.

Die Nachricht kommt als Schock für alle Bauherren in Deutschland, die aktuell energieeffizient bauen wollen: Mit sofortiger Wirkung stellt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) die Förderung von sogenannten Effizienzhäusern sowie von energieeffizienten Sanierungsmaßnahmen ein.

Bereits Ende November hatte das Wirtschaftsministerium das Ende des sogenannten Effizienzhaus-55-Programms für energieeffiziente Neubauten ab dem 1. Februar bekannt gegeben. Doch nun kappt die rot-grüne Bundesregierung ohne Vorwarnung das komplette Förderprogramm.

Grund ist der überragende Erfolg der Fördermaßnahme: „Die enorme Antragsflut im Monat Januar insbesondere für Anträge für die EH55-Neubauförderung hat die bereitgestellten Mittel deutlich überstiegen“, so die Auskunft aus dem Ministerium. „Angesichts der vorläufigen Haushaltsführung musste die KfW das Programm daher mit sofortiger Wirkung stoppen.“ Insgesamt seien seit November Anträge auf Förderung im Volumen von über 20 Milliarden Euro eingegangen – damit würde das Programm die dafür vorgesehenen Mittel bereits weit überschreiten.

Doch auch wenn Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) nun neue Mittel bereitstellen sollte: Zumindest die Neubauförderung wird in dieser Form nicht wiederkommen. Denn, so kommentierte der zuständige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Patrick Graichen, die Förderung stelle einen Fehlanreiz dar, die festgesetzten Mindeststandards seien veraltet.

„Ein Stopp der alten Förderung war deswegen jetzt unumgänglich.“ Die EH55-Förderung, die eigentlich noch bis 31. Januar fortgesetzt werden sollte, wird nun ersatzlos gestrichen.

Und auch die Förderung für effizientere Häuser nach EH40-Standard, der erhebliche Mehrkosten mit sich bringt, fällt vorerst weg. Zudem sollen Anträge, die noch innerhalb der Frist gestellt wurden, aber noch nicht bewilligt wurden, ab sofort ebenfalls nicht mehr bedient werden.

Damit sind auch diejenigen betroffen, die im Vertrauen auf die Zusagen der Bundesregierung im Januar noch Anträge eingereicht haben. Für sie könnte die KfW höchstens noch zinsbegünstigte Kredite bereitstellen – im aktuellen Niedrig-Zinsumfeld eine wenig attraktive Option.

„Mit Planungssicherheit hat die Ampel-Koalition offenbar wenig am Hut. Bauherren, die bereits Anträge auf die gestoppte Förderung gestellt oder sich bei ihren

Planungen auf Förderungen verlassen haben, hängen in der Luft“, sagt Ulrich Lange (CSU), stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion, WELT.

„Das ist nicht vertretbar und wird das effiziente Bauen weiter blockieren. Investitionen in Bauprojekte brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, damit sie realisiert werden.“

Für Bauherren, Energieberater und die Baubranche bedeutet das plötzliche Ende der Förderung eine Zäsur: „Ich bin entsetzt darüber, was hier gerade passiert. Das ist ein unglaublicher Vertrauensbruch“, sagt Jürgen Leppig, Vorsitzender des größten deutschen Energieberaterverbandes GIH, im Gespräch mit WELT.

„Unsere Branche hat im Vertrauen auf die Zusagen der Bundesregierung in den vergangenen Monaten unzählige Überstunden geleistet, um fristgerecht geplante Vorhaben noch einzureichen. Das dürfte viele Energieberater bis an den Rand der Insolvenz bringen.“

Leppig rechnet damit, dass nun viele Bauherren ihre Vorhaben entweder streichen oder auf Energie-Mindeststandards zurückfahren werden. „Damit erweist ausgerechnet ein grüner Wirtschaftsminister der Energiewende im Bau einen Bärendienst. Ich kann meinen Kunden keine Planungssicherheit mehr versprechen.“ Die Bauherren, die die Förderung als Teil ihres Eigenkapitals eingeplant haben, müssen nun neu planen.

Ähnliche Folgen befürchten die Baufinanzierer: „Viele Verbraucher haben die Mittel in ihren Finanzierungen eingeplant und längst beantragt“, kommentiert Michael Neumann, Vorstandsvorsitzender der Dr. Klein Privatkunden AG.

Insbesondere diejenigen, die bereits Werkverträge über Bauten nach bestimmten Standards abgeschlossen haben, dafür aber nun keine Förderung mehr bekommen, geraten in Finanzierungsprobleme, denn die Fördersummen werden bei den Banken oftmals als Eigenkapital angerechnet.

„Bei beantragten und noch nicht genehmigten Förderungen werden sie von der KfW jetzt kalt erwischt, und derzeit erhalten sie keine offizielle Antwort auf die Frage, wie es weitergeht. Das ist sehr, sehr ungünstig.“

Für die Bauwirtschaft kommt der plötzliche Abbruch der Förderung völlig überraschend: „Investitionen in dieser Größenordnung brauchen stabile und verlässliche Rahmenbedingungen, ansonsten werden sie auf die lange Bank geschoben. Das können wir uns derzeit nicht leisten“, kritisiert Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe. Der Verband fürchtet direkte Auswirkungen auf die Baukonjunktur.

Umweltverbände kritisieren, dass durch den plötzlichen Wegfall der Förderung nun erst recht falsche Anreize gesetzt werden – Bauherren könnten nun Maßnahmen zum Klimaschutz einsparen, um ihre Projekte ohne Förderung umsetzen zu können.

„Damit der Neubau jetzt nicht auf völlig veraltete Standards zurückfällt, muss der bislang geförderte Standard gesetzlich als Mindeststandard festgeschrieben werden.“

Es ist außerdem ein fatales Signal, dass der Gebäudesanierung der Geldhahn abgedreht werden soll“, kommentiert Barbara Metz von der Deutschen Umwelthilfe.

Inwieweit die Bundesregierung mit dem plötzlichen Abbruch des Programms gegen Rechtsnormen zur Rückwirkung verstößt, darüber wird aktuell in sozialen Netzwerken heiß diskutiert. Energieberater, Bauherren und Architekten, die in Vorleistung getreten sind, möchten die plötzliche Absage nicht einfach hinnehmen.

Schon kündigen erste Bauherren Klagen an. Die Erfolgsaussicht dieser Klagen ist offen. Zwar ist es regelmäßig so, dass derjenige, der auf Zusagen eines Dritten vertraut, einen Anspruch auf Schadenersatz hat.

Bei Förderprogrammen wird aber regelmäßig darauf hingewiesen, dass diese unter dem Vorbehalt der veranschlagten Haushaltsmittel stehen. Problematisch könnte hier aber sein, dass die Förderung praktisch über Nacht eingestellt wurde, sagt Johannes Badenhop, Fachanwalt für Verwaltungsrecht bei der Kieler Kanzlei BMZ.

„Wäre schon länger klar gewesen, dass die Haushaltsmittel nicht ausreichen, hätte das Ministerium früher reagieren müssen. Dies hätte sicher einige Bauherren davon abgehalten, kostenintensive Planungen in Auftrag zu geben.“ Dementsprechend könnte Schadenersatz in Höhe der angefallenen Planungskosten fällig werden.